Öffentliche Sitzung

Auszug aus der Niederschrift der 1. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie (JHA) mit dem Ausschuss für Bau, Wirtschaftsförderung vom 21.11.2023

4	Instandsetzungskonzept der im Juli 2021 vom Hochwasser betroffenen Kindertageseinrichtung Villa Regenbogen in der Mühlenstraße	V/2023/1171
---	--	-------------

Der Ausschuss für Kinder Jugend und Familie und der Ausschuss für Bau, Wirtschaftsförderung und Tourismus empfiehlt dem Rat folgende Beschlüsse:

1. Die Kindertageseinrichtung (Kita) Villa Regenbogen in der Mühlenstraße wird, aufgrund der vorliegenden Risikobewertung, nicht mehr an gleicher Stelle saniert und in Betrieb genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt einen Ersatzbau einer Kita an einer anderen Stelle zu prüfen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Möglichkeiten der Förderung eines Ersatzbaus einer Kita im Rahmen des Wiederaufbauplans für Infrastrukturen in Kommunen zu prüfen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt die Fachausschüsse über die Ergebnisse in den kommenden Sitzungen zu informieren.

Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (JHA)

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
Ja-Stimmen 12 Nein-Stimmen 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Ausschuss für Bau, Wirtschaftsförderung und Tourismus

Beschluss: einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen 14 Nein-Stimmen 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Kinder Jugend und Familie (JHA) gibt einige einleitende erläuternde Informationen zur Vorlage.

Die Verwaltung informiert anschließend über das ursprünglich geplante Instandsetzungskonzept sowie die zwischenzeitlich vorliegende Risikobewertung für die im Juli 2021 vom Hochwasser betroffene Kindertageseinrichtung Villa

Regenbogen in der Mühlenstraße anhand einer **Power-Point-Präsentation**, welche **im Ratsinformationssystem hinterlegt** ist.

Nach Beantwortung von Fragen der Ausschussmitglieder werden die vorstehenden Beschlüsse gefasst. Der Prüfauftrag bezüglich eines Ersatzbaus einer Kita an einer anderen Stelle beinhaltet auch die Möglichkeit der Sanierung eines eventuell bereits vorhandenen Gebäudes. Eine diesbezügliche Umwidmung der bisher durch die Bezirksregierung Köln für einen Wiederaufbau genehmigten Gelder sollte angestrebt werden.

Meckenheim, den 01.02.2024

Karen Busch
Schriftführerin